

Trilateraler Workshop am 4. und 5. Oktober 2021
im Schloss Genshagen

Einleitung

Ziel des Workshops war es, die Ursachen der Spaltung zwischen städtischen und ländlichen Regionen in den Ländern des Weimarer Dreiecks und der Europäischen Union besser zu verstehen und nach Wegen für einen Ausgleich zu suchen, um den innergesellschaftlichen und europäischen Zusammenhalt zu schützen. In einer einleitenden Keynote betrachtete Jean-Marc Ayrault (Premierminister der Republik Frankreich a. D., Vorsitzender des Fördervereins der Stiftung Genshagen) die Spaltung zwischen Stadt und Land vor dem Hintergrund einer allgemeinen Polarisierung in der Gesellschaft, welche er auf die Globalisierung sowie die durch den Klimawandel bedingten ökonomischen und sozialen Transformationen zurückführte. Dennoch seien auch viele der Divergenzen zwischen Stadt und Land konstruiert und die innerstädtischen Ungleichheiten im Vergleich sogar oft stärker ausgeprägt. Auch die Analyse von Jarosław Flis (Politikwissenschaftler, Jagiellonen Universität Krakau) hinsichtlich der politischen Orientierung und des Wahlverhaltens zeigte, dass zwar z. B. in Polen eine Teilung zwischen Stadt (eher wirtschafts- und gesellschaftsliberale Haltung) und Land (eher sozialkonservativ, für staatliche Intervention) bestehe, der Lebensstil und das Wahlverhalten der meisten Menschen aber nicht allen mit ‚der Stadt‘ und ‚dem Land‘ verbundenen Vorurteilen entsprechen. Die größte Herausforderung sei es, trotz des Vorhandenseins unterschiedlicher Weltanschauungen einen Dialog zwischen beiden Seiten zu ermöglichen, bei dem keine Seite den Eindruck habe, benachteiligt zu werden.

Werte, Interessen und politische Repräsentation

Das erste Panel konzentrierte sich auf die Fragen, ob die Interessen von Stadt und Land in der Politik unterschiedlich starke Berücksichtigung finden und mit welchen Prozessen und Kommunikationsansätzen der Herausforderung einer ausgewogenen Repräsentation innerhalb politischer Systeme begegnet werden kann. Die Teilnehmenden betonten, dass es klischeehaft und kontraproduktiv sei, grundsätzlich von divergierenden Werten und Interessen der Menschen auf dem Land und in der Stadt auszugehen. Wichtig seien vor allem gleichwertige Lebensverhältnisse, die maßgeblich auf einer guten Daseinsvorsorge fußen würden. Hier wurde ein Nachholbedarf in ländlichen Gebieten festgestellt, welcher zur Unzufriedenheit von Bürger*innen auf dem Land und in der Folge zu starken Wahlergebnissen populistischer Parteien führe. Anhand von Projekten aus unterschiedlichen Regionen (z. B. Konzept der solidarischen Mobilität in der Région Grand Est) wurde aufgezeigt, wie die Daseinsvorsorge sinnvoll ausgebaut werden kann und mehr Chancen für Bürger*innen auf dem Land entstehen können. Der Ausbau der Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen würden die Attraktivität ländlicher Gegenden stärken und den Zuzug junger qualifizierter Menschen entgegengewirkt oder diese zumindest ausgeglichen werden. Als Problem wurde festgestellt, dass etablierte Parteien in kleineren Wahlkreisen häufig keine Direktkandidat*innen mehr aufstellen, weswegen das Stadt-Land-Gefälle auch eine demokratische Herausforderung sei. Da ein Stereotypen verstärkender Diskurs eine Spaltung zwischen Stadt und Land erst herbeiführen oder verstärken würde, wurde die Veränderung der Alltagskommunikation über Menschen in ländlichen Gegenden als wichtige Maßnahme identifiziert.

Außerdem wurde die Bedeutung eines direkten Dialogs zwischen Regierungsvertreter*innen und Menschen auf dem Land hervorgehoben, um Probleme gemeinsam zu identifizieren und zu adressieren. Ein solcher Austausch böte auch die Gelegenheit, den Menschen politische Entscheidungen mit lokalen Auswirkungen zu erklären und ihnen das Gefühl zu geben, gehört und wertgeschätzt zu werden. Schließlich sei es auch sinnvoll, die administrative Zuständigkeit für die Unterstützung des ländlichen Raums zu verändern und z. B. eine*n Beauftragte*n für ländliche Räume einzusetzen.

Klima- und Umweltpolitik versus Landwirtschaftspolitik?

Vor dem Hintergrund eines in Hinblick auf das Spannungsfeld zwischen Klima/Umwelt und Landwirtschaft besonders klischeebehafteten Verhältnisses zwischen Stadt und Land ging das zweite Panel den Fragen nach, inwiefern sich Einstellungen und Prioritäten in Bezug auf die beiden Themen im urbanen und ruralen Raum tatsächlich unterscheiden und welche Möglichkeiten für einen politischen und wirtschaftlichen Interessensausgleich bestehen. Es stellte sich heraus, dass Konflikte weniger aus divergierenden Interessen zwischen Stadt- und Landbevölkerung resultieren als aus der problematischen Wahrnehmung und fehlenden Repräsentation der Landwirtschaft in Gesellschaft und Politik. Entgegen verbreiteten Vorurteilen hätten Landwirt*innen nicht zuletzt aufgrund ihrer Abhängigkeit von intakten natürlichen Ressourcen und Prozessen großes Interesse an umwelt- und klimaschonenden Methoden und leisteten in vielen Bereichen bereits einen wichtigen Beitrag zur Wahrung des ökologischen Gleichgewichts. Zwänge und Anreize aus der Politik wie EU-Subventionen, die sich an der Größe der bewirtschafteten Fläche und der Anzahl der Tiere orientieren, hätten landwirtschaftliche Betriebe in der Vergangenheit aber dazu veranlasst, ihre Aktivitäten auf Effizienz auszurichten – eine Entwicklung, die sich nun nicht schnell wieder umkehren ließe. Eine Neuausrichtung könne nur dann gelingen, wenn Landwirt*innen in Entscheidungen, die ihre

Arbeit betreffen, miteinbezogen würden. Dies gelte auch für energiepolitische Fragen. Akzeptanz für Windkraftanlagen, die auf dem Land Energie für die Stadt und Industrie produzieren, könne nur dann erwartet werden, wenn die dortige Bevölkerung von der damit einhergehenden Wertschöpfung profitiere. Insgesamt bedürfe es eines gemeinsamen Ansatzes, der die Bereiche Landwirtschaft und Umweltschutz, ebenso wie Stadt und Land, vereine, anstatt sie gegeneinander auszuspielen.

Stadt-Land, eine erneut aufbrechende alte Kluft der europäischen Integration?

Im dritten Panel wurde diskutiert, welche Folgen die bislang identifizierten Unterschiede für die Wahrnehmung der EU in städtischen und ländlichen Räumen und die europapolitischen Präferenzen haben, ob es eine gesamteuropäische Stadt-Land-Spaltung mit Blick auf zentrale Fragen der europäischen Integration gibt und wie dieser entgegengewirkt werden kann. Die Diskussion zeigte auf, dass die Europaskepsis in ländlichen Regionen nicht grundsätzlich ausgeprägter ist und eine Spaltung hinsichtlich europäischer Fragen weniger zwischen Stadt und Land als zwischen Ost und West beziehungsweise innerhalb der Gesellschaft abhängig vom Wohlstand und Bildungsgrad der Bürger*innen und der Verfügbarkeit von bürgernahen Diensten und sozialen Netzwerken verläuft. Um dieser Spaltung entgegenzuwirken, sollten Politiker*innen europäische Themen und Konfliktpunkte auf und mit der lokalen Ebene adressieren, Regionen und Kommunen in unterschiedlichen Ländern sollten vermehrt in einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch treten und negative Fehldarstellungen Europas durch populistische Parteien aktiv widerlegt werden.

Ergebnisse

Aus vergleichender Sicht lässt sich feststellen, dass die Herausforderungen in den Ländern des Weimarer Dreiecks ähnlich sind. So ist es nicht möglich, die gesellschaftliche Spaltung auf Unterschiede zwischen Stadt und Land zu reduzieren, vielmehr gibt es auch innerhalb

städtischer und ländlicher Regionen unterschiedliche Lebensrealitäten. Die Intensität der Stadt-Land-Spaltung sowie die Umsetzung von möglichen Lösungsansätzen werden allerdings von der jeweiligen Staatsorganisation (deutscher Föderalismus gegenüber französischem und polnischem Zentralismus) beeinflusst. Insgesamt bleibt das Stadt-Land-Gefälle für Deutschland, Frankreich und Polen – trotz der unterschiedlichen nationalen Ausprägungen – eindeutig eine gemeinsame Herausforderung. Bei dieser Thematik sind somit in Zukunft ein interkultureller Austausch unter verstärkter Einbindung der Zivilgesellschaft sowie eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern auf europäischer Ebene von entscheidender Bedeutung. Allgemein wurde die Gefahr betont, Spaltungen zu stark hervorzuheben, zu pauschalisieren und politisch zu instrumentalisieren. Daher konzentrierten sich die Expert*innen darauf, konstruktive Lösungen für das Stadt-Land-Gefälle auf administrativer und politischer Ebene zu erörtern. Zur Schaffung eines Ausgleichs wurden insbesondere der Ausbau der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, eine bessere Repräsentation und Einbindung der Landbevölkerung und deren Interessen in die Politik und die Förderung der gegenseitigen Wertschätzung der Bürger*innen als wichtige Wege identifiziert.

Dieser Workshop war Bestandteil des Nachbarschaft-Schwerpunkts der Stiftung Genshagen in den Jahren 2020 und 2021.



In Partnerschaft mit:



Gefördert durch:



Die Stiftung Genshagen bedankt sich herzlich bei Michał Kuź, Muriel Mall, Maximilian Reichert, Miriam Stahlhacke und Jana Windwehr für ihre Mitwirkung bei diesem Projekt.

Eine Publikation der Stiftung Genshagen, Mai 2022

Kontakt

Marie Augère
+49 3378.80 59-36
augere@stiftung-genshagen.de
Thomas Goujat-Gouttequillet
+49 3378.80 59-96
goujat@stiftung-genshagen.de
🐦 @SGenshagen
📘 @StiftungGenshagen
📍 @stiftunggenshagen

Unsere Stifter:

